

Von Dr. Christoph Luchsinger, +41 76 392 03 20, luchs@schatten-kabinett.ch

- Mitglied «Die Mitte» (www.die-mitte.ch)
- alt Gemeinderat Stadt Zürich für die Kreise 1 & 2
- Redaktor www.schatten-kabinett.ch
- Universitätsdozent Mathematik
- Kleinunternehmer: Gründer www.acad.jobs : akademische Stellen weltweit – und die besten Jobs in der Privatwirtschaft

Artikel auf www.schatten-kabinett.ch sind keine Einführungen in ein Thema, sondern Memos und Checklisten für Praktiker. Buchbesprechungen ersetzen nicht die Lektüre des Originals. Sie finden hier auch sehr gute Formulierungen, um komplexe Zusammenhänge kompakt zusammenzufassen oder Schlagworte, um ihre bereits vorhandene Rede zu würzen. Falls wir irgendwo Urheberrechte verletzen, bitte umgehend mit Nachweis melden: wir werden dann die jeweiligen Passagen neu als Zitate kennzeichnen.

Gegen die Abschaffung des Bargeldes

Wir Liberalen haben ein Faible für technischen Fortschritt und Innovation. Dazu gehören sicher auch bargeldlose Zahlungsmöglichkeiten. Schnell kommt der Gedanke auf, dass es doch sehr effizient wäre, wenn wir überall bargeldlos unterwegs sein könnten. In Anlehnung an die früher betriebene Standardisierung bei Münzen, Massen und Gewichten, haben doch auch bargeldlose Zahlungsmöglichkeiten gewaltige Vorteile. Das ist in der Tat unbestritten. Heikel ist der *Zwang zu bargeldlosem wirtschaften und deren staatliche Förderung*. Als Liberale wollen wir grundsätzlich, dass Privatpersonen und Unternehmen sich frei entscheiden können, wie eine Schuld beglichen wird. Die drei Fragen bleiben, ob

- gegenüber dem Staat (Steuern, Abgaben, Dienstleistungen des Staates),
- im Sinne der staatlichen Bereitstellung einer allgemein akzeptierten Zahlungsform (Schweizer Franken als Bargeld (Münzen und Noten)) und
- im Disputfall unter Privaten vor staatlichem Gericht

der Staat auf bargeldlos zusteuern sollte. Die Antwort ist im Sinne von «Wehret den Anfängen» klar Nein. Denn dort wird man nicht haltmachen, sondern Bargeld bald ganz abschaffen.

Nebenbei, es geht hier natürlich nicht um den Schutz von Kriminellen und Terroristen, die gerne mit Bargeld arbeiten. Diese arbeiten übrigens auch gern und sehr gut bargeldlos. Das zentrale Problem liegt woanders:

Wenn Bargeld abgeschafft wird, steigt die Staatsquote um 10 Prozentpunkte!

Weshalb ist das so? Bei vielen Vorschlägen aus allen Gebieten der Politik in Richtung

- was der Staat auch noch machen könnte und
- wie der Staat dies und jenes noch besser und effizienter machen könnte und
- wenn alle Finanzdaten zentral vorhanden wären, dann...

ist ein zentrales Abwehrargument von Liberalen, dass all diese Vorschläge nicht umsetzbar sind aus «technischen» Gründen, weil man nicht alle Finanzdaten hat. Das leuchtet dann auch regelmässig allen ein. Wenn wir nun kein Bargeld mehr haben, wird dieses Argument – mag es philosophisch noch so schwach sein – nicht mehr zur Verfügung stehen. Dann hat man einen Dammbbruch in Richtung mehr Staat, der gerne 10 weitere Prozentpunkte Staatsquote bedeutet. Neben diesem generischen Argument gibt es dazu nicht minder wichtige Gegenargumente, die nicht nur bei Liberalen Anklang finden sollten:

- Verlust der Privatsphäre (seien Sie ehrlich: auch Sie zahlen für irgendwelche Güter und Dienstleistungen, von denen Sie nicht möchten, dass Dritte davon erfahren (... , Medikamente, Genussmittelarten und -mengen, Inkontinenzeinlagen, etc.).
- Wenn Demokratien totalitär entarten, sind Enteignungen viel einfacher.
- Eine Negativzinspolitik der Notenbanken wird dann erst richtig möglich. Dies schädigt die Ärmsten.

- Die aktuelle, weltweite, staatliche Finanzarchitektur ist extrem fehlerbehaftet – auch aus liberaler Sicht. Sie fördert zudem unverantwortliches Verhalten der Geschäftsbanken. Ohne Bargeld sind Privatpersonen den Geschäftsbanken vollends ausgeliefert.
- Es geht in diesem Sinne aber sogar weiter: wenn es kein Bargeld mehr gibt, besteht irgendwann der Druck, dass alles über eine einzige Bank (Zentralbank) gemacht werden könnte – ist doch viel effizienter. Dann ist man dieser Behörde schutzlos ausgeliefert – ohne Gegengewichte.
- Wenn es kein Bargeld mehr gibt, kann man gewisse Länder nicht mehr einfach bereisen, die den Mächtigen nicht genehm sind. Das hat nichts mit Verschwörungstheorien zu tun (früher und aktuell Kuba und die Krim).
- Man wird einfacher definitives Opfer von Fehlern von grossen Bürokratien oder grossen EDV-Systemen, aus denen man nicht mehr herauskommt, sobald man auf irgendeiner Liste fälschlicherweise eingetragen ist.
- Alte und Arme bevorzugen Bargeld; Arme sind für Banken nicht interessant und bekommen kaum ein (kostengünstiges) Konto.
- Personen, welche im Umgang mit Geld Schwierigkeiten haben, fahren mit Bargeld besser als mit nicht sichtbarem, elektronischen Geld.

Deshalb:

- Private sollen so zahlen können, wie sie wollen (untereinander und gegenüber dem Staat). Der Staat muss immer Bargeldzahlungen akzeptieren.
- Die (zur Zeit real existierende) Pflicht zur Bargeldannahme als gesetzlichem Zahlungsmittel zur Begleichung einer Schuld ist auch unter Privaten zu stützen, auch wenn es streng genommen die Vertragsfreiheit einschränkt.
- **Der Schweizerfranken muss als allgemein akzeptiertes Zahlungsmittel in Form von Münzen und Noten (gerne auch Gold, Silber) unangetastet bleiben. Grosse Geldscheine sind in dem Sinne explizit zu begrüssen.**

Noch ein akademischer Nachtrag:

Streng genommen sind wir gegen Geld, dass von (staatlichen) Notenbanken herausgegeben wird. Zudem braucht es auch kein definiertes «gesetzliches Zahlungsmittel». Menschen kommen problemlos freiwillig überein, was sie als Geld verwenden wollen. Obige Überlegungen bedeuten einfach, dass weder beim staatlichen noch bei privatem Geld staatlicher Zwang in Richtung Abschaffung von Bargeld toleriert werden darf.

www.libinst.ch/publikationen/LI-Paper-Polleit-Digitales-Zentralbankgeld.pdf